

PRIVATE ZUSATZRENTEN

Mogelpackung



Junckerrente besser als Riesterreute? Ob Jean-Claude dem Kollegen Gerhard (hier im Juni 2002) wohl letzte Tipps zur Rettung der deutschen Rentenversicherung mit auf den Weg in die heiße Wahlkampfphase gegeben hat? (Foto: SIP.)

Die "Junckerrente" nutzt vor allem jenen, deren Lebensabend schon jetzt mehr als gesichert ist.

(ergué) - Es sieht aus wie eine Rente, es wird Rente genannt und doch ist es nichts anderes als ein weiteres Steuergeschenk an die Adresse der Besserverdienenden. Das "nouveau régime de prévoyance-vieillesse", das Beamte aus dem Finanzministerium und Vertreter der Versicherungs- und Bankenbranche in den vergangenen Monaten gemeinsam ausgetüfelt haben, soll laut Finanzminister Juncker die an Luxemburger Verhältnisse angepasste "dritte Säule" der Rentenversicherung werden: Neben der auf dem Generationenvertrag aufbauenden staatlichen Rentenversicherung und den vertraglich abgesicherten Betriebsrenten, soll es den einzelnen steuerzahlenden BürgerInnen ermöglicht werden, auch aus eigener Initiative etwas für die Altersversorgung frühestens nach dem 60. Lebensjahr zu tun.

Im Gegensatz zur "Riesterreute", die bei unseren deutschen Nachbarn längst nicht nur auf Zustimmung stößt, wurde die neue "Junckerrente" nicht aus der Not geboren, ein stark defizitäres öffentliches Rentensystem durch eine fragwürdige Dosis Privatinitiative abzusichern. Es ist sicherlich kein Zufall, dass es in Deutschland der Minister für Arbeit und Sozialordnung war, der die neue Rente ins Leben rief, während in Luxemburg die Federführung beim Finanzminister lag. Auch der Umstand, dass bei der Pressevorstellung am vergangenen Dienstag neben Juncker ausschließlich Beamte aus dem

Finanzministerium respektive der Steuerverwaltung saßen, um die technischen Feinheiten des "flexiblen und attraktiven" Pakets zu erläutern, macht deutlich, dass es bei dem Ganzen wohl kaum um ein Instrument zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit in Luxemburg ging.

Die in den letzten zwei Jahren durchgeführte Steuerreform hat dazu geführt, dass Groß- und MittelverdienerInnen in Luxemburg wesentlich weniger Steuern zahlen als im europäischen Ausland. Der Spitzensteuersatz von 38 Prozent ist der niedrigste in ganz Europa, während die Tarifabstufungen zwischen dem niedrigsten zu versteuernden Einkommen und jenem Niveau, bei dem der Spitzensteuersatz Anwendung findet, weiter abgeflacht wurden.

Konsequenz: Während die SpitzenverdienerInnen auf einen Schlag einen Zuwachs ihres Nettoeinkommens um gute zehn Prozent verbuchen konnten, war der Gewinn, den MittelverdienerInnen aus der Operation Steuerreform ziehen konnten, mit abnehmendem Bruttoeinkommen zwar spürbar aber weit weniger spektakulär. Den Haushalten steht also mehr Geld zur Verfügung, was dem Konsum gut tun, aber auch die Bereitschaft zum Sparen erhöhen soll. Da zeitgleich mit der Steuerreform aber auch die berühmte "loi Rau" stufenweise abgeschafft werden sollte, musste den ohnehin sparsüchtigen LuxemburgerInnen ein attraktives Angebot vorgelegt werden, das viele schöne

Geld für spätere (schlechtere?) Zeiten anzulegen.

Es hatte sich gezeigt, dass das laut Juncker "embryonale System" der Zusatzrenten, wie es bisher bestanden hatte, auf wenig Begeisterung stieß. Es konnten nur fest (und daher eben auch niedrig) verzinsten Lebensversicherungen abgeschlossen werden, die lediglich in Form einer Zusatzrente ab dem 60. Lebensjahr ausbezahlt wurden. Das angesparte Kapital verfiel im Falle des frühzeitigen Todes des Versicherten. Außerdem wurde die Rente bei der Auszahlung voll versteuert.

Sparen, auf Teufel komm raus

Das neue Modell schließt neben den bekannten fest verzinsten Einlagen auch solche ein, die nicht einen garantierten Zinsgewinn vorsehen, sondern sich frei entfalten können. Damit entsteht für die SparerInnen die Möglichkeit, höhere Erträge zu erwirtschaften. Allerdings vergrößert sich auch das Risiko, keinen Gewinn zu machen, oder sogar einen Teil des angesparten Kapitals zu verlieren. Der Staat behält sich zwar ein Mitspracherecht darüber vor, welche Sparformeln die einzelnen Akteure aus dem Finanzsektor anbieten dürfen. Er übernimmt aber keine Garantie, dass am Ende wirklich so viel Geld auf dem Konto ist, wie es die demnächst in Druck gehenden Prospekte versprechen werden. Zur Absicherung des Modells ist lediglich vorgeschrieben, dass der Anteil an Risikokapital mit zunehmendem Alter abnehmen soll. So dürfen unter 45-jährige PensionssparerInnen unbegrenzt in Aktien investieren, während bei über 50-jährigen das Sparpaket zu maximal 50 Prozent aus Aktien bestehen darf, und es bei über 55-jährigen nur noch 25 Prozent sein dürfen.

Als weitere Neuerung können die SparerInnen sich dafür entscheiden, sich die angelaufene Sparsumme samt Zinsen ab dem 60. und bis spätestens zum 75. Lebensjahr zur Hälfte auszahlen zu lassen und den Rest in Form einer monatlichen Zusatzrente zu beziehen.

Die größte Attraktivität zieht die neue "prévoyance-vieillesse" allerdings aus den damit verbundenen steuerlichen Anreizen. So kann wie bisher die im aktiven Arbeitsalter freiwillig festgelegte monatliche Einlage bis zu einem gewissen Betrag vom zu versteuernden Einkommen abgesetzt werden. Die Höchstgrenzen wurden dabei erheblich erhöht, spielen freilich nur bei denen eine Rolle, die ohnehin höhere Steuern zah-

len. Neu ist die wesentlich günstigere Besteuerung der Zusatzrente im Pensionsalter: Sie soll nur noch zur Hälfte versteuert werden. Entscheiden sich die PensionssparerInnen für die teilweise Auszahlung des Kapitals, wird diese einmalige Ausschüttung nur mit dem halben anwendbaren Steuersatz versteuert, das heißt maximal mit 19 Prozent.

Das Volumen der möglichen maximalen Steuerabsetzung kann stark variieren, je nachdem in welchem Lebensjahr die Betroffenen ihr Sparmodell begonnen haben, und ab welchem Lebensjahr es zur Auszahlung kommt. Beginnt das Sparprogramm mit 30 Jahren und läuft die Rente ab dem 65. Lebensjahr, können laut aktueller Steuertabelle über die Laufzeit von 35 Jahren insgesamt 79.250 Euro abgesetzt werden. Der reelle Gewinn für die einzelnen SparerInnen hängt dann allerdings von der Höhe ihres Verdienstes - und somit ihrer Steuerlast - ab. Dazu kommt dann noch einmal die steuerliche Vergünstigung bei der Auszahlung der Zusatzrente.

Auch wenn es schwer sein dürfte, in Anbetracht der vielen möglichen Variablen auch nur annähernd zu berechnen, wie und in welchem Umfang dieses Sparmodell genutzt werden wird, so ist doch klar, dass der Staat auf einen nicht unerheblichen Teil seiner Steuereinnahmen verzichtet. Dieser Verzicht ist umso größer, je höher der Verdienst der PensionssparerInnen ist.

Ob also die "Junckerrente" wirklich besser ist als die "Riesterreute", wie Jean-Cla-

de Juncker es so gerne umschreibt, lässt sich nur schwer nachvollziehen. Schließlich handelt es sich um zwei sehr unterschiedliche Paar Schuhe. Und selbst der LCGB - bei dem Juncker nach eigenem Bekunden Mitglied ist - gibt sich eher skeptisch: So lange es keine Negativsteuer für GeringverdienerInnen gibt, sind Steuergeschenke, wie die jetzt vorgestellte "prévoyance-vieillesse", unsozial.

Was die christlichen GewerkschafterInnen allerdings noch nachdenklicher stimmt, ist die von Juncker angedeutete Perspektive, die neue private Altersversorgung könnte irgendwann doch noch - wie schon jetzt in Deutschland - zur Abstützung des klassischen Rentenwesens genutzt werden. Ähnlich wie es bislang vor allem die Grünen verlangen, wünscht sich der LCGB hier ein gänzlich anderes Modell, das vor allem auf der Erschließung alternativer Finanzierungsquellen beruht. Es müsse, so der LCGB in einem Kommuniqué, "grundsätzlich über eine andere Beitragsbasis nachgedacht werden als der bis dato ausschließlichen Basis des Faktors Arbeit". "Déi Lénk" monieren, dass die "Junckerrente" vor allem den Interessen des Bankenplatzes und der dort sprießenden privaten Pensionsfonds gerecht wird und wehren sich gegen eine schleichende Privatisierung des Rentensystems. Sie fordern ebenfalls eine Ausweitung der Beitragsbasis, zum Beispiel über einen Solidaritätszuschlag auf der Betriebssteuer.

Nächste Woche:

15 Jahre Oekofoire - Grund zum Feiern?

Wir stellen die Highlights der diesjährigen Veranstaltung vor und unterziehen das Schwerpunktthema Fairer Handel einer kritischen Betrachtung.



Chères soeurs, chers frères,

Le woxx est heureux de proclamer l'union légitime entre un homme et une femme. Traditionnellement plus intéressé par la reconnaissance de l'union libre, notre hebdomadaire n'a évidemment que peu d'encre à verser sur une institution aussi réactionnaire, aux tendances trop souvent misogynes, comme le mariage. Mais l'évolution au retour vers une forme de vie commune plus classique, va croissante au sein de notre rédaction, où les célibataires invétéré-e-s se sont vautré-e-s trop longtemps en toute sécurité. Le club des mariés, qui n'était d'abord constitué que d'un membre unique, pourra compter, dès aujourd'hui, sur deux pilons. C'est donc en duo qu'ils loueront les bienfaits du mariage, pure acte d'amouuur, tout en dégradant celui-ci au simple processus administratif pratique, qui ne changera rien à la relation dans leur couple ... "L'amour rend aveugle", leur répondront sarcastiquement les un-e-s. Ce qui ne provoquera qu'un sourire béat chez les autres. Surtout de la part du nouveau marié, qui savouera ainsi un moment de répit, vu sa nervosité naturelle devant le pas décisif, que la rédaction a dû supporter durant toute cette semaine. C'est donc avec soulagement et une grande sympathie, que nous vous souhaitons, à toi Stefan et à toi Anika, le meilleur des avenir à deux qui soit. La bague vous ira très bien. Et Stefan pourra se calmer un peu.

woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngespoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: woxx soc. coop. • Redaktion: Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Armand Turpel (armand.turpel@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (danielle.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Karikaturen: Guy W. Stoops • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy (monique.ludovicy@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo. - Fr. 9 bis 13 und 14 bis 17 Uhr. • Druck: Imprimerie COPE, Luxembourg • Einzelpreis: 1,49 € • Abonnements: 52 Nummern kosten 59,50 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • Postscheckkonto: CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidaritéit mam Gréngespoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79